

Antrag 80/I/2021

Jusos Brandenburg

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

CO2-Emissionen Brandenburgs reduzieren

1 **Zügige Umsetzung des im Ko-**
2 **alitionsvertrag beschlossenen**
3 **Klimaplan einschließlich Maß-**
4 **nahmenpaket und Monitoring**
5 **als thematischer Schwerpunkt**
6 **im kommenden Jahr 2022**

7 Die SPD-geführte Landesregie-
8 rung wird aufgefordert, den
9 im Koalitionsvertrag vor be-
10 reits zwei Jahren vorgesehenen
11 und zwischenzeitlich auch vom
12 Landtag (Drucksache 7/1420)
13 geforderten Klimaplan für Bran-
14 denburg unbedingt als einen
15 thematischen Schwerpunkt im
16 kommenden Jahr zu betrachten
17 und seiner zügigen Erarbeitung
18 höchste Priorität einzuräumen.
19 Er soll noch 2022 vom Kabinett
20 beschlossen werden. Auch das
21 im Koalitionsvertrag beschlos-
22 sene wissenschaftlich begleitete
23 Monitoring der Treibhausgas-
24 emissionen nach Sektoren soll
25 schnellstmöglich starten, so-
26 dass ein aktueller Bericht über
27 den Status Quo der Emissionen
28 schon zum Start des Klimaplan

29 vorliegt.

30 Die Landesregierung hat sich
31 im Koalitionsvertrag zur zügigen
32 Umsetzung und zu einem über-
33 durchschnittlichen Beitrag zum
34 Klimaschutz verpflichtet – beides
35 ist inzwischen lange überfällig.
36 Darüber hinaus ist es zwingend
37 notwendig, neben den Sektoren,
38 die bisher in der Auswertung der
39 Emissionen separiert aufgeführt
40 worden sind und denen, die in
41 der beschlossenen Drucksache
42 7/1420 genannt werden, auch
43 den Bereich Landwirtschaft,
44 sowohl im Klimaplan als auch im
45 Monitoring zu behandeln und
46 die Emissionen, die auf diesen
47 Bereich zurückgehen, auszuwei-
48 sen. Der Klimaplan, bestehend
49 aus Klimastrategie und Maßnah-
50 menpaket, muss zudem zum
51 Ziel haben Emissionen im Land
52 Brandenburg auch abseits des
53 Energiesektors umfassend zu
54 reduzieren. Daher muss ein rea-
55 listischer Umfang der Einsparung
56 von Emissionen durch erarbei-
57 tete Maßnahmen im Klimaplan
58 für alle Sektoren ersichtlich sein.
59 Sollte sich die Notwendigkeit
60 neuer Klimastrategien ergeben,
61 so muss der Klimaplan auch für
62 diese offen sein, statt sich von

63 vornherein nur auf bestehende
64 Strategien zu begrenzen. Erar-
65 beitete Maßnahmen, die sich
66 aus der Klimastrategie ergeben,
67 müssen so früh wie möglich aktiv
68 verfolgt und Verstöße geahndet
69 werden.

70 Eine wie beim Monitoring fest-
71 gelegte wissenschaftliche Be-
72 gleitung und einhergehende
73 Einschätzung der Effizienz von
74 Maßnahmen muss auch für die
75 Erarbeitung des gesamten Kli-
76 maplans gelten. Diesen Einschät-
77 zungen seitens der Wissenschaft
78 steht hierbei eine besondere
79 Gewichtung zu. Der Klimaplan
80 inklusive Klimastrategie und
81 Maßnahmenpaket, das Monito-
82 ring sowie die Einschätzungen
83 der Effizienz durch Wissenschaft-
84 ler*innen müssen unkompliziert
85 öffentlich einsehbar sein.

86 **Schnelle Wiederaufforstung**
87 **und Bepflanzung/Begrünung**
88 **von (öffentlichen) Flächen und**
89 **Gebäuden**

90 Wir begrüßen die Pläne, die von
91 der Landesregierung im Koali-
92 tionsvertrag zum Thema Wald
93 niedergeschrieben wurden, je-
94 doch bleiben sie bisher sehr vage.
95 Wir fordern daher, dass auch das
96 Wiederaufforstungsprogramm

97 so schnell wie möglich, mindes-
98 tens noch in der ersten Hälfte
99 der Legislaturperiode, auf den
100 Weg gebracht wird und als Teil
101 der Klimastrategie zur Reduktion
102 der Nettoemission von CO₂ in
103 Brandenburg gesehen wird.
104 Der Wald, der bisher aus vielen
105 brandanfälligen Monokulturen
106 besteht, soll möglichst schnell
107 in einen gesunden Mischwald
108 umgewandelt werden, der aus
109 möglichst robusten Arten be-
110 steht, die außerdem möglichst
111 viel CO₂ binden können sollen.
112 Zusätzlich zur im Koalitionsver-
113 trag vorgesehenen Aufforstung
114 fordern wir weitere Maßnahmen
115 zur Bewaldung und Begrünung
116 öffentlicher Flächen, um mög-
117 lichst viele klimaschädliche Gase
118 aus der Luft binden zu können.
119 Bei öffentlichen Gebäuden soll
120 geprüft werden, ob die Dächer
121 und / oder die Fassaden be-
122 grünt werden können. Auch auf
123 öffentlichen Plätzen und Parks
124 sollen, wo möglich, zusätzliche
125 Bäume und Sträucher gepflanzt
126 werden. Dies dient nicht nur
127 dem Klimaschutz und der Luft-
128 reinhaltung, sondern auch dem
129 Lärmschutz und macht viele öf-
130 fentliche Plätze einladender und

131 schöner. Hinsichtlich privater
132 Bauten soll es nicht nur Anreize
133 geben, klimafreundliche Rohstof-
134 fe einzusetzen, wie es schon im
135 Koalitionsvertrag angedeutet ist,
136 sondern darüber hinaus auch
137 Anreize geben, Fassaden und
138 Dächer zu bepflanzen.

139 **Einrichtung eines Landeskli-**
140 **mafonds für Kommunen und**
141 **Landkreise**

142 Die finanziellen Mittel, welche
143 aus Bundesmitteln für den Koh-
144 leausstieg und den Klimaschutz
145 fließen, sollen unter anderem
146 den Zukunftsinvestitionsfonds
147 oder ein neu aufgelegtes Kom-
148 munales Investitionsprogramm
149 um einen Landesklimafond zur
150 Förderung kommunaler Klima-
151 und Nachhaltigkeitsinitiativen
152 erweitern. Den Gemeinden und
153 Landkreisen sollen so Möglich-
154 keiten eröffnet werden selbst
155 klimafreundliche Akzente setzen
156 zu können. Ziel dieses Fonds
157 soll es sein, dass Kommunen
158 die finanziellen Möglichkeiten
159 bekommen, Projekte, die der
160 Nachhaltigkeit, Klimaneutralität
161 oder einer grünen Energieer-
162 zeugung dienen, umzusetzen.
163 Die Kommunen und Landkreise
164 sollen dabei vor allem Ideen und

165 eine positive Bürgerbeteiligung
166 besteuern, die Finanzierung soll
167 mit der erfolgreichen Beantra-
168 gung der notwendigen Mittel ge-
169 deckt sein. Hierzu ist der wieder
170 eingesetzte Nachhaltigkeitsrat in
171 der Mittelvergabe einzubinden.
172 Anzustreben ist eine Vollfinan-
173 zierung der Projekte, sodass
174 die Gemeinden und Landkreise
175 sich um eine weitere Finanze-
176 rung keine Gedanken machen
177 müssen. Zur Verwaltung der
178 Anlagen und Einnahmen muss
179 auch den Projektträger*innen
180 die Möglichkeit gegeben wer-
181 den, die daraus resultierenden
182 Verwaltungsaufgaben auslagern
183 zu können. Die Förderungen
184 sollen beispielsweise folgende
185 Projekte umfassen können: Bau
186 kommunaler Windkraftanla-
187 gen (mit Grundstückserwerb
188 auf dem Gemeindegebiet), Bio-
189 massekraftwerke und anderer
190 klimaneutralen Energieträger;
191 der Bau von klimaneutralen Kin-
192 dergärten, Schulen, Jugendtreffs,
193 Sporthallen und Gemeindehäu-
194 sern; oder zukunftsweisende
195 klimaschonende Bauprojekte,
196 die vermehrt recycelte Baumate-
197 rialien verwenden

198

199 Begründung

200 Aus Sicht der Wissenschaft ist
201 die große Dringlichkeit einer
202 effizienten Reaktion auf den Kli-
203 mawandel unbestritten, sowohl
204 aus ökologischer wie auch öko-
205 nomischer und gesellschaftlicher
206 Perspektive. Das Landesamt
207 für Umwelt nennt die Region
208 Berlin-Brandenburg „eine[s] der
209 am stärksten verwundbaren
210 Gebiete Deutschlands“. Hieraus
211 ergibt sich für Brandenburg die
212 Notwendigkeit, nachhaltiges
213 Leben und Wirtschaften durch
214 eine ambitionierte Antwort auf
215 den Klimawandel abzusichern
216 – und gleichzeitig die Möglich-
217 keit, sich als zukunftsweisendes
218 ostdeutsches Bundesland zu
219 positionieren, anstatt weiterhin
220 als Bremsklotz wahrgenommen
221 zu werden. Denn dafür hätte
222 es nicht erst Zivilklagen gegen
223 unser Land geben dürfen! Es ist
224 nun unabdingbar, dass sich die
225 SPD-geführte Koalition schnellst-
226 möglich um die Umsetzung ihrer
227 eigenen Ziele bemüht! Nur so
228 bleibt eine noch größere Blama-
229 ge auf der bundesweiten Bühne
230 erspart. Neben Energie und
231 Verkehr zählt die Landwirtschaft
232 bzw. Lebensmittelproduktion

233 zu den größten Anteilen an
234 Treibhausgasemissionen, wes-
235 halb auch dieser Sektor in die
236 Evaluationen zum Klimaschutz
237 eingeschlossen werden muss.
238 Um eine Umsetzung eines Klima-
239 plans während der bestehenden
240 Legislaturperiode zu gewährleis-
241 ten, muss dieser zügig und unter
242 aktiver Heranziehung der Wis-
243 senschaft erarbeitet werden. Die
244 Waldbrandgefahr in Branden-
245 burg wird im Zuge der globalen
246 Erwärmung steigen. Daher ist
247 es unabdingbar, unsere Wälder
248 so gut wie möglich auf weitere
249 Veränderungen vorzubereiten
250 und durch ein effizientes und
251 zügiges Aufforstungsprogramm
252 nicht nur mehr CO₂ aus der
253 Atmosphäre zu binden, sondern
254 auch für hohe Diversität und
255 Robustheit der Baumbestände
256 zu sorgen. Die Erstellung eines
257 Landesklimaplan ist ein großer
258 Schritt für Brandenburg, nicht
259 nur um den klimapolitischen
260 und gesellschaftspolitischen
261 Notwendigkeiten Rechnung zu
262 tragen, sondern auch um das
263 Land in eine nachhaltige Zukunft
264 zu führen. Jedoch muss es auch
265 abseits der Landesebene An-
266 reize und Perspektiven geben,

267 sodass auch in den Kommu-
268 nen und Landkreisen größere
269 Handlungsspielräume für eigene
270 nachhaltige und klimaneutrale
271 Zukunft entstehen, die in lokaler
272 Eigenverantwortung stehen. Ein
273 Landesklimateams greift genau
274 hier effektiv Kommunen und
275 Landkreisen unter die Arme.
276 Unter anderem mithilfe dieser
277 Forderungen soll gewährleistet
278 werden, dass Brandenburg einen
279 ambitionierteren Beitrag zur
280 deutschen Klimabilanz liefert,
281 damit das 1,5 Grad-Ziel des Pari-
282 ser Klimaabkommens sowie die
283 geplante Klimaneutralität der EU
284 erreicht werden. Das Abschnei-
285 den in Sachen Klimabilanz von
286 Ländern wie Deutschland wird
287 maßgeblich auch Auswirkungen
288 auf die Anstrengungen anderer
289 Länder haben – für Branden-
290 burg ergeben sich durch diese
291 Herausforderungen jedoch auch
292 Chancen, die ergriffen werden
293 sollten!